

AUGUST 2023

BRAND ~~Politik~~brief

Verband der
Chemischen Industrie e.V.
Wir gestalten Zukunft.



Deindustrialisierung stoppen!

Insolvenzen, Verlagerung, Stellenabbau und Gewinneinbrüche – wem die Schlagzeilen der vergangenen Wochen keine Sorgenfalten in die Stirn meißeln, hat von Wirtschaft wenig Ahnung. Auch die Bilanzpressekonferenz unseres Verbandes im Juli lieferte ein Stakkato der schlechten Nachrichten. Produktionsrückgänge und Auftrags-einbußen rauben unserer Branche die Zuversicht. Das darf niemand in der Politik tatenlos mitansehen. Denn unser Land hat ganz massive strukturelle Defizite.

Politik muss den Glauben an den Standort wiederherstellen

Deutschland steht im Herbst an einem Scheideweg. Es entscheidet sich, ob wir als erfolgreicher Industriestandort eine Zukunft haben werden. Die Lage ist wirklich ernst. Hier zählen wir vor allem auf den Bundeskanzler: Olaf Scholz muss klare Führung zeigen und die drohende wirtschaftliche Schiefelage zur Chefsache machen. Auf einem Chemiegipfel im Kanzleramt am 27. September werden ihn führende Vertreter unserer Branche in die Pflicht nehmen. Deutschland braucht eine aktive Industriepolitik auf allen politischen Ebenen, die umgehend wirkt und langfristig Sicherheit gibt.

Einzigartige Allianz zeigt: Es steht enorm viel auf dem Spiel

Dass die viel zu hohen Energiekosten für die Industrie dringend gesenkt werden müssen, ist mittlerweile weitgehend Konsens – nicht nur in der Industrie selbst, sondern bis auf wenige Ausnahmen auch in Politik und Wissenschaft. Um der Forderung nach einem Industriestrompreis noch mehr Nachdruck zu verleihen und hoffentlich auch die letzte Skepsis auszuräumen, hat sich die schlagkräftige und einzigartige „Allianz pro Brückenstrompreis“ formiert: Darin kämpfen die Verbände der energieintensiven Branchen Seite an Seite mit den Gewerkschaften für den Erhalt des Standorts. Zusammen vertreten sie mehr als 1,1 Millionen Beschäftigte in über 8.000 Unternehmen. Insgesamt hängen hieran bis zu 2,4 Millionen Arbeitsplätze und gut 240 Milliarden Euro Wertschöpfung.

Die schiere Zahl der Betroffenen lässt erahnen, wie sehr von der strukturellen Benachteiligung der Chemie und den anderen wichtigen Industrien die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. Deshalb wende ich mich mit diesem Brandbrief an alle politischen Entscheiderinnen und Entscheider: Bitte lesen Sie, welche Sofortmaßnahmen die deutsche Industrie jetzt braucht. Und helfen Sie mit, die Deindustrialisierung unseres Landes zu stoppen.

Dr. Markus Steilemann
VCI-Präsident



Deutschlands Energieintensive Industrien senden SOS

Hohe Energiepreise und Überregulierung gehen vielen deutschen Unternehmen an die Substanz. Um deren Wettbewerbsfähigkeitsverlust strukturell auszugleichen und ihre Steuern und Sozialbeiträge und damit Wohlstand, Sicherheit und sozialen Frieden zu erhalten, muss die Bundesregierung jetzt alles Notwendige zur Bewahrung starker industrieller Wertschöpfungsketten und Netzwerke tun. Die chemisch-pharmazeutische Industrie bildet die Basis dafür. Doch diese Basis ist akut gefährdet.



Vor der Energiekrise haben wir 700 Millionen Euro Energiekosten gezahlt – heute ist es das Doppelte.

Christian Kullmann

Evonik, VCI-Präsidiumsmitglied
in „hart aber fair“ am 21. August 2023

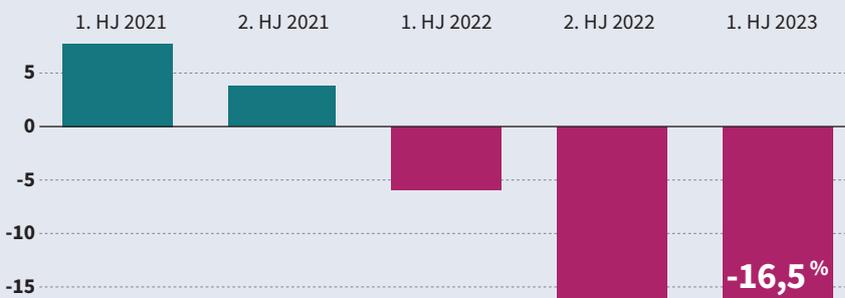


Der Glaube an den Standort Deutschland schwindet. Ein Klumpenrisiko aus schlechten Standortfaktoren raubt uns die Zuversicht.

Markus Steilemann

VCI-Präsident
am 21. Juli 2023

CHEMIEPRODUKTION IM SINKFLUG
VERÄNDERUNG DER CHEMIEPRODUKTION (OHNE PHARMA)
GEGENÜBER DEM VORJAHR IN PROZENT



Quellen: Destatis, VCI

Stärker denn je sind die Unternehmen auf eine günstige und sichere Energieversorgung sowie auf innovationsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen:

Brückenstrompreis einführen



Die deutsche Industrie braucht sehr viel Energie – und zwar möglichst günstig und aus erneuerbaren Quellen. Ein zeitlich befristeter

Brückenstrompreis auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau von 4 bis 6 Cent je kWh inklusive der Netzkosten, Steuern und Abgaben und in Ergänzung bestehender Entlastungen baut eine Transformationsbrücke in die Zukunft – und ist keine Dauersubvention, sondern eine dringend nötige Übergangslösung, bis ausreichend günstige Erneuerbare zur Verfügung stehen.

Spitzenausgleich erhalten

Die Energiekosten dürfen nicht durch weitere Belastungen erhöht werden. Der geplante Wegfall des Spitzenausgleichs ist fatal, denn er belastet die energieintensive Industrie mit weiteren 1,7 Milliarden Euro pro Jahr. Der



Spitzenausgleich muss daher erhalten, die Stromsteuer auf das europäische Minimum gesenkt werden.

Netzausbau vorantreiben



Der Ausbau von Netzen und Speicherkapazitäten muss massiv vorangetrieben werden, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit

zu verschlechtern und die Kosten zu steigern. Die Fertigstellung des Wasserstoff-Kernetzes bis 2032 muss ambitioniert vorangetrieben und der zügige Anschluss an die industriellen Abnehmer sichergestellt werden.

Versorgung sichern

Um die Volatilität des immer stärker auf Erneuerbare setzenden Strommarkts auszugleichen, muss die Kraftwerksstrategie zeitnah vorgelegt und umgesetzt werden. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit darf es keine weitere Stilllegung ohne Zubau steuerbarer Leistung geben. Die geplanten 25 GW Gaskraftwerke müssen zügig ausgeschrieben, eine Wasserstoff-Importstrategie muss erarbeitet werden.



Super-Abschreibungen ermöglichen



Schnell und wirksam umgesetzte „Super-Abschreibungen“ können Teil einer kurzfristigen Antwort auf den US-amerikanischen

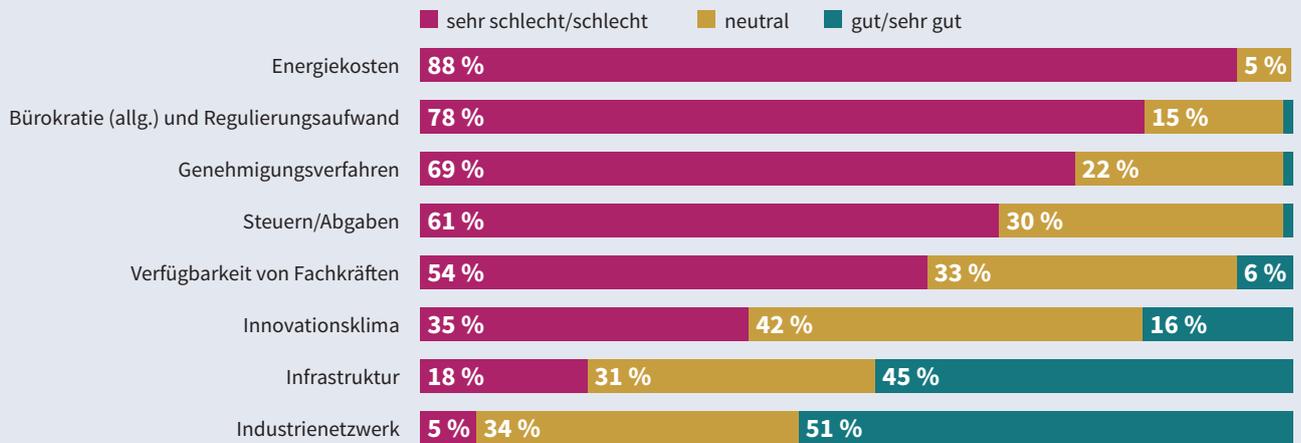
Inflation Reduction Act sein. Sie werden aber erst zum Investitionsbooster für die

Der Mittelstand – von Belastungen besonders betroffen

Mit einem Anteil von 96 Prozent zählen nahezu alle deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen zum Mittelstand. Gerade diese Unternehmen leiden besonders unter den wachsenden Standortproblemen. In einer aktuellen VCI-Umfrage benannte die Mehrheit Bürokratieaufwand, hohe Energiepreise, langsame Genehmigungen und neue Regulierungen als stärkste Störfaktoren.

DEUTSCHLAND SCHNEIDET SCHLECHT AB

BEWERTUNG DER STANDORTFAKTOREN IM VERGLEICH ZUM AUSLAND



Quelle: VCI-Mitgliederumfrage, Juni 2023; zu 100 Prozent fehlende Werte: keine Antwort

Transformation, wenn langfristige Investitionsprämien des Wachstumschancengesetzes ihre Wirkung entfalten.

Genehmigungen beschleunigen



Ein Planungsmodernisierungsgesetz muss Genehmigungsverfahren, auch auf kommunaler Ebene, durch Digitalisierung und geringere

Anforderungen verkürzen und den Schutz von Know-how sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleisten. Der Bund-Länder-Pakt zur Verfahrensbeschleunigung muss umgehend beschlossen werden.

Regulierungsflut eindämmen

Die EU setzt derzeit zu sehr auf Verbote und Überregulierung, obwohl die meisten ihrer Ziele bereits mit bestehender Gesetzgebung erreicht werden könnten. Rechtssetzungsvorhaben der EU-Kommission, welche die Unternehmen zusätzlich belasten, sollten daher neu bewertet und auf ein unbedingt erforderliches Mindestmaß begrenzt werden. Die Bundesregierung muss sich in Brüssel für Reformen einsetzen, die Innovationen ermöglichen, und Pauschalverbote verhindern.



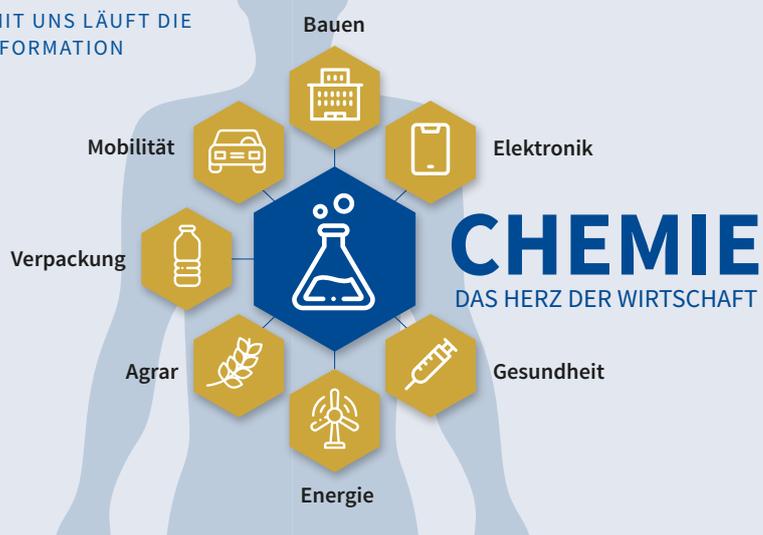
Verschärfungen vermeiden



Die geplanten Verschärfungen der REACH-Verordnung und im EU-Umweltrecht benachteiligen die europäische Industrie unnötig, da hier bereits die weltweit höchsten Standards

gelten. Falsch ausgestaltet, können sie zum Verlust der Chemikalien- und Produktvielfalt in Europa führen, die Klimaziele gefährden und den Standort schädigen. Die Bundesregierung muss sich für eine Reform einsetzen, die weiterhin auf einen risikobasierten Ansatz setzt.

ERST MIT UNS LÄUFT DIE TRANSFORMATION



Ohne Energieintensive geht nichts

Insgesamt hängen bis zu 2,4 Millionen Arbeitsplätze und gut 240 Milliarden Euro Wertschöpfung an der Chemie und den anderen energieintensiven Branchen. Mit rund 90 Milliarden Euro Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen (inklusive indirekter und induzierter Wertschöpfung) entspricht ihr Beitrag zu den Kassen von Bund, Ländern und Kommunen einem Fünftel des Bundeshaushalts 2024.

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de

Redaktionsschluss 28. August 2023 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten